Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

Angriffe mit fremdenfeindlichem oder rechtsradikalem Hintergrund auf Jugendliche und Erwachsene nehmen zu.

1. Bildet sechs Gruppen! Jede Gruppe soll zwei Wochen lang aktuelle Zeitungsartikel und Fotos aus der Tageszeitung zum Thema Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus sammeln. Befestigt diese jeweils auf einem Plakat. Schreibt die Erscheinungstermine dazu!

   - Informationen darüber, was unter Rechtsextremismus zu verstehen ist, und Fakten zur aktuellen Situation in Deutschland findet ihr auf dieser Seite des Verfassungsschutzes: **www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/**.
   - Außerdem könnt ihr auf folgender Seite der Bundeszentrale für politische Bildung viele Hintergrundinformationen zum Thema und Tipps zum Umgang mit Rechtsextremen lesen: **www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/**.

2. Die für das Sammeln der Artikel verantwortlichen Schüler präsentieren am Ende die Materialien und stellen sie zur Diskussion. Beantwortet dabei folgende Fragen:

   - Beruhen die Artikel auf nachprüfbaren Fakten?
   - Ist die Berichterstattung kritisch und sachlich?
   - Welche persönliche Meinung habt ihr zu den Vorfällen?

3. Klärt unbekannte Begriffe in den Artikeln, indem ihr sie herausschreibt, ihre Bedeutung recherchiert und dann auf einem Extraplakat sammelt!

4. Recherchiert gruppenweise im Onlinearchiv eurer Zeitung und in anderen Zeitungen: Was lässt sich zum Thema Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus vom Jahr 2000 bis heute finden? Sammelt auch diese Beiträge und Bilder auf einzelnen Plakaten!

5. Überlegt gemeinsam: Wie hat sich die fremdenfeindliche und rechtsextreme Gewalt in den vergangenen sieben Jahren entwickelt? Fertigt dazu ein Schaubild an!

Tragt eure Ergebnisse mit der **App BaiBoard** (iOS) zu einem digitalen Tafelbild zusammen. In Verbindung mit einem Beamer könnt ihr eure Ergebnisse der Klasse vorstellen und habt eure Informationen anschließend für euch gespeichert. Eine **ähnliche App** für Android-Nutzer, mit der mehrere Gruppenmitglieder gleichzeitig an einem Text mitschreiben können, ist **Google Docs**.

© Raufeld Medien

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

6. Eine große und weithin bekannte rechtsextreme Organisation ist die NPD. Welche Berichte findet ihr über sie in eurer Tageszeitung ihrem Archiv? Achtet dabei besonders auf Jugendarbeit und Rechtsstreitigkeiten! Weitere Recherchemöglichkeiten sind Fachbücher und Suchmaschinen im Internet. Die sind aber gerade bei diesem Thema nicht ungefährlich. Klärt vor eurer Suche, worauf man achten muss!

7. Informiert euch und diskutiert dann im Plenum über folgende Fragen:

   - Was macht die NPD interessant für Jugendliche?
   - Wieso treten Jugendliche rechtsextremen Organisationen bei?
   - Welche Motivation haben Rechtsextreme, Straftaten gegen Ausländer zu begehen?
   - Was hältst du von einem Verbot der NPD ?
   - Was bringt Leute dazu auszusteigen? Was ist daran gefährlich?

© Raufeld Medien

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender kommen mit Blumen zum Tatort.

Schussspuren an der Tür der Synagoge in Halle.

FOTO: DPA/JAN WOITAS (2)

Der Täter wird dem Haftrichter in Kassel vorgeführt.

FOTO: DPA/ULI DECK

Schüsse waren Terrorakt

Generalbundesanwalt: Täter wollte weltweite Wirkung / Steinmeier fordert Haltung

Horst Seehofer

„Dieses brutale Verbrechen ist eine Schande für unser ganzes Land. Bei unserer Geschichte darf so etwas in Deutschland eigentlich nicht passieren."

Angela Merkel

„Wir sind froh über jede Synagoge, über jede Gemeinde und alles jüdische Leben in unserem Lande."

Sigmar Gabriel

„Wann endlich zeigt der demokratische Rechtsstaat seine Zähne und entwaffnet diese Brut?"

KARLSRUHE/HALLE Ermittler und Bundesregierung haben den Angriff auf eine Synagoge in Halle als einen rechtsextremistischen Terroranschlag gewertet. „Was wir gestern erlebt haben, war Terror", sagte Generalbundesanwalt Peter Frank gestern in Karlsruhe. Der Täter habe sich zum Ziel gesetzt, in der Synagoge ein Massaker anzurichten und eine weltweite Wirkung zu erzielen.

Nach Angaben von Justizministerin Christine Lambrecht handelte es sich bei dem 27-Jährigen Stephan B. um einen Einzeltäter mit antisemitischen und rechtsextremistischen Motiven. Sein Vater sagte der „Bild"-Zeitung, sein Sohn sei ein Eigenbrötler: „Er war weder mit sich noch mit der Welt im Reinen, gab immer allen anderen die Schuld." Der 27-Jährige habe kaum Freunde gehabt und stattdessen viel Zeit im Internet verbracht: „Der Junge war nur online." „Bild" berichtet, B. habe in Halle Chemie studiert, aber nach zwei Semestern abgebrochen. Zuletzt habe er als Rundfunktechniker gearbeitet.

Von Verstößen gegen das Gesetz wussten die Behörden bis jetzt nichts, weder in seiner Jugend noch als Erwachsener. Kein Eintrag als Rechtsextremist, kein Ladendiebstahl, nichts. Bis B. loszog, um massenhaft Juden zu ermorden, scheint er der Polizei nie aufgefallen zu sein.

Im Auto des mutmaßlichen Täters wurden laut Frank insgesamt vier Kilo Sprengstoff in zahlreichen Sprengvorrichtungen sichergestellt. Generalbundesanwalt Peter Frank beantragte Haftbefehl gegen B. wegen zweifachen Mordes und versuchten Mordes in neun Fällen.

KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

Nach dem Anschlag garantiert die Bundesregierung der jüdischen Gemeinde dauerhaft Schutz und Sicherheit. Innenminister Horst Seehofer (CSU) versprach gestern in Halle, „dass die Juden in unserem Land ohne Bedrohung, ohne Angst leben können". In Sachsen-Anhalt bekämen die Synagogen ab sofort Polizeischutz. Seehofer versprach, rasch mit allen Länder-Innenministern über eine dauerhafte Bewachung der jüdischen Gotteshäuser und Einrichtungen sprechen zu wollen.

Lambrecht bezeichnete den Rechtsextremismus als eine der aktuell größten Bedrohungen, die der Rechtsstaat mit allen Mitteln bekämpfen müsse. Rechtsextremismus trete in Deutschland immer gewalttätiger und aggressiver auf. Der Nährboden beginne oft zunächst mit Worten, denen dann Taten folgen. Es gehöre zur Staatsräson, dass Juden in Deutschland sicher leben könnten. Die SPD-Politikerin kündigte an, Vorschläge zu machen, wie Internetplattformen verpflichtet werden könnten, rechtsextreme Äußerungen zu verhindern.

Mit seinem Bekennervideo und einem „Manifest" im Internet sei es dem Schützen um weltweite Wirkung gegangen, sagte Generalbundesanwalt Peter Frank. B. wollte demnach ein Nachahmer im doppelten Sinne sein. Er habe vergleichbare Taten, die vorher begangen worden seien, nachgeahmt und „er wollte nach unserer Erkenntnis auch andere zu solchen Taten zur Nachahmung anstiften", sagte Frank.

B. ist nach Informationen aus Sicherheitskreisen in zwei Krankenhäusern behandelt worden. Er habe Schussverletzungen am Hals. Die Nacht habe er in einer Klinik in Weißenfels in Sachsen-Anhalt verbracht. Gestern sei er dann für eine Operation in eine Klinik in Halle gebracht worden. Der mutmaßliche Attentäter war am Mittwoch festgenommen worden, nachdem er vor einer Synagoge in Halle eine Frau und in einem nahe gelegenen Döner-Imbiss einen Mann erschossen hatte. Zuvor hatte er vergeblich versucht, die Synagoge mit Waffengewalt zu stürmen. Mehr als 50 Menschen hatten sich zu dem Zeitpunkt in dem Gotteshaus aufgehalten und feierten das wichtigste jüdische Fest, Jom Kippur. Nach seiner Flucht war der Todesschütze auf der Bundesstraße 91 südlich von Halle festgenommen worden, hieß es aus Sicherheitskreisen. Zu dem Zugriff kam es den Angaben zufolge auf Höhe des Ortes Werschen in der Nähe von Hohenmölsen rund 45 Autominuten südlich der Saalestadt durch Spezialkräfte. Zuvor führte die Flucht in den Ort Landsberg etwa 15 Kilometer östlich der Saalestadt. Dort gab der 27-Jährige Schüsse auf ein Ehepaar ab.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier forderte eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus. „Wer jetzt noch einen Funken Verständnis zeigt für Rechtsextremismus und Rassenhass, wer die Bereitschaft anderer fördert durch das Schüren von Hass; wer politisch motivierte Gewalt gegen Andersdenkende, Andersgläubige oder auch Repräsentanten demokratischer Institutionen rechtfertigt, macht sich mitschuldig", sagte er bei seinem Besuch am Tatort. „Die gesamte Gesellschaft muss Haltung zeigen." *dpa, AFP*

mhn, 11.10.2019

© Raufeld Medien

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

Keine Hemmungen mehr

Extremismusforscher sieht Hetze und Gewalt als Angriff auf unsere Demokratie – und fordert ein härteres Vorgehen

Angesichts massiver Anfeindungen gegen Flüchtlinge und ihre Unterstützer hat der Jenaer Extremismusforscher Wolfgang Frindte ein rigideres Vorgehen von Polizei und Justiz angemahnt. Andreas Hummel sprach mit ihm über Fremdenfeindlichekeit, Konsequenzen und „Volksverräter".

Es gibt Bomben- und Morddrohungen, Unterkünfte werden in Brand gesteckt. Was ist los in diesem Land?

Frindte: Das frage ich mich auch, und das Geschehen bereitet mir große Sorge. Es kommt etwas an die Oberfläche, was wir schon seit 20 Jahren wissen: Dass der Rechtsextremismus nicht nur ein Randphänomen ist, sondern weite Teile der Bevölkerung betrifft. Zum anderen sortieren sich Rechtsextremisten und Rechtspopulisten neu. Seit Pegida zeigen die Leute ihren Hass offen auf der Straße und im Internet. Wir erleben einen Schulterschluss zwischen den alten und den neuen Rechtsextremen. Dabei ist der Rechtsextremismus keineswegs nur ein Jugendproblem, sondern geht durch alle Alters- und Bildungsschichten. Was wir momentan erleben, ist ein Angriff auf unsere Demokratie.

Das heißt, Pegida und Co haben Fremdenfeindlichkeit bis in die Mitte der Gesellschaft salonfähig gemacht?

Salonfähig waren Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus schon vorher, wie Untersuchungen belegen. Was Pegida erreicht hat, ist, den Salon weit nach außen zu öffnen. Menschen haben keine Hemmung mehr, in Kameras hinein ihre Wut und ihren Hass über Flüchtlinge zu äußern. Was früher vielleicht am Stammtisch gesagt wurde, wird jetzt auf dem Marktplatz herausgebrüllt.

„Was früher am Stammtisch gesagt wurde, wird jetzt auf dem Marktplatz herausgebrüllt."

Wolfgang Frindte
Extremismusforscher aus Jena

Wie groß ist in Deutschland der Anteil Rechtsextremer?

Der Kern beläuft sich – das zeigen Untersuchungen immer wieder – auf etwa 15 Prozent. Wenn man die Menschen dazu nimmt, die zwar selbst nicht Gewalt gegen Flüchtlinge anwenden, aber dies befürworten, dann sind das bis zu 30 Prozent. Denn unsere bisherigen anonymen Befragungen bringen uns da nicht mehr voran. Wenn man sich Internetseiten, Facebook-Einträge und Blogs anschaut, gibt es genügend Hinweise, dass es nicht mehr nur die traditionellen Rechtsextremen sind, sondern wir auch die Alltagsfremdenfeinde, die diese Gewalt akzeptieren, unbedingt dazuzählen müssen.

Was muss geschehen um den „Angriff auf die Demokratie" abzuwehren?

Die Demokratie muss wehrhafter werden. Einerseits vermisse ich einen konzertierten Aufstand der Anständigen. Andererseits sind Polizei und Justiz gefordert. Beim Besuch der Kanzlerin in Sachsen etwa wurde sie von Demonstranten als Vaterlandsverräterin beschimpft. Wenn ich meinen Nachbarn über den Gartenzaun solche Dinge zurufe, hat er das Recht, mich wegen Verleumdung und Beleidigung zu verklagen. Warum ist das hier nicht sofort passiert? Wir brauchen keine härteren Strafen oder neue Gesetze. Aber Polizei und Justiz müssen viel stärker die vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um Angriffe der Rechtsextremen abzuwehren. Es geht um unsere Freiheit und um die, die um unseren Schutz nachsuchen.

KARIKATUR: HARM BENGEN

REAKTIONEN

Diffuse Ängste

Der Zeithistoriker **Paul Nolte** von der Freien Universität (FU) Berlin glaubt, dass das Thema Flüchtlinge gerade erst begonnen hat: „Die meisten Flüchtlinge werden bleiben", und langfristig auch ihre Familien nachholen. Darauf müssten sich nicht nur Institutionen wie Schulen einstellen. Auch in den Köpfen der Menschen müsse ein Bewusstsein dafür entstehen. Zugleich appellierte er an Gesellschaft und Politik dafür zu sorgen, dass „die Stimmung nicht kippt". Die von „Flüchtlingsgegnern" oft geäußerten Ängste seien „diffuse Unsicherheiten von Menschen, die mit ihrem eigenen Leben nicht zurechtkommen und Fremde als Projektionsfläche nutzen".

„ABER WAS?"

Dunja Hayali (41), Kind irakischer Auswanderer, hat sich für Flüchtlinge stark gemacht und gegen fremdenfeindliche Hetze gewandt. Sie lese alles, so die ZDF-Moderatorin auf ihrer Facebookseite, auch die persönlichen Beleidigungen und Pestmails. „Was mich jedoch im Innersten erschreckt, sind die Ja-Aber-Kommentare", fuhr sie fort. „‚Ich hab ja nichts gegen Flüchtlinge, aber...' ABER WAS???" Seien die Menschen gemeint, „die alles hinter sich gelassen haben, Haus, Job, Leben, Würde, Zukunft... Die Flüchtlinge, die im Meer versinken, in Lastwagen ersticken, vergewaltigt werden, weil sie von uns ein Taschengeld wollten? Asylschmarotzer?" Hayali stellt klar: „Es gibt KEINE Asylschmarotzer. Das Asylrecht ist ein Menschenrecht." Deutschland sei nicht unschuldig an der Situation vieler Flüchtlinge. Es gelte, die Ursachen zu bekämpfen, damit Menschen keinen Grund mehr hätten, ihre Heimat zu verlassen.

mhn, 31.08.2015

© Raufeld Medien

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

NOZ, 01.07.2021

„Heil Höcke, Kameraden!“

Zwei junge Kronzeugen legen Buch aus der AfD-Welt vor

Dieter Schulz

Irgendwann merken sie, dass sie verloren haben. Zuerst in der Jungen Alternative, dem AfD-Nachwuchs, wo sie im Bundesvorstand gegen die Vertreter des Höcke-Flügels kämpfen. Dann auch in der Mutterpartei. Die Westfalen Nicolai Boudaghi, heute 29, und Alexander Leschik, 21, stellen jeder für sich fest, dass ohne die Extremen nichts mehr geht in der AfD.

Mit Haut und Haaren haben sie in der rechten Partei gesteckt, hoch motiviert gerackert, Jobs erhalten. Leschik hat schon als 16-Jähriger vor 300 Parteifreunden gesprochen. Boudaghi war Vize-Bundesvorsitzender der Parteijugend. Sie haben Karriere und Fehler gemacht. Nun entscheiden sie sich für einen Schlussstrich: Sie packen aus und werden zu Kronzeugen.

Herausgekommen ist das Enthüllungsbuch „Im Bann der AfD. Chats, Worte, Taten“. Boudaghi und Leschik haben es mit dem Hamburger Journalisten Wigbert Löer geschrieben – und darin Bizarres wie Beunruhigendes aus der Welt der AfD zusammengetragen. „Heil Höcke, Kameraden!“, so grüßt das Mitglied einer Whatsapp-Gruppe des Parteinachwuchses. Höcke ist die zentrale Person in den vielen Beiträgen, die die Buchautoren aus diesem Chat zitieren. „Höcke ist Gott“, schreibt einer. „Er ist ein deutscher Held“, schreibt ein anderer. Das ist 2017.

Im Jahr drauf kungeln Boudaghi und Leschik sich in den Bundesvorstand der Jungen Alternative (JA) und erleben, wie es sich anfühlt, wenn viel Alkohol, härtere Drogen und Rechtsradikalismus aufeinandertreffen. Später kursieren Screenshots aus Chats der JA Niedersachsen, die triefen vor Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Menschenverachtung. Jemand hat vom „Finanzjudentum“ geschrieben, einer gefordert: „Stoppt Tierversuche. Nehmt Flüchtlinge.“ Ein Mitglied forderte: „Wir müssen Hass schüren!“

Verachtung für die „Jogginghosen“

Boudaghi wird irgendwann nach Berlin in den AfD-Bundesvorstand zitiert. Er hat an einer E-Mail mitgeschrieben, darin etliche extrem rechte Aktionen in der Jugendorganisation gemeldet. Boudaghi soll sich erklären.

Sie verlassen die Junge Alternative, verärgert, frustriert. Bei der Mutterpartei, hoffen sie, werden sie nicht von der Power des Höcke-Flügels übermannt. Doch in Essen, bei Boudaghis Kreisverband, ist nichts mehr zu retten. In Münster hingegen kann Leschik als Vize-Kreisvorsitzender den extrem Rechten standhalten.

Die beiden vernetzen sich auf Whatsapp und Telegram mit moderaten Kräften, arbeiten für Landtagsabgeordnete, Leschik dann auch für die Landtagsfraktion in Niedersachsen.

Leschik und Boudaghi gehören auch dem Telegram-Chat „Aktion Bundesvorstand“ des gemäßigten Lagers an. Hier diskutieren und agieren an die 100 Bundestagsmitglieder der AfD, Landtagsabgeordnete, Landes- und Kreisvorsitzende. Sie halten sich für die Speerspitze der Gemäßigten im Kampf gegen den Höcke-Flügel. Parteimitglieder, die einen reduzierten Monatsbeitrag von 2,50 Euro bezahlen, bezeichnet man hier verächtlich als „Jogginghosen“. Sie gelten als Unterstützer des Höcke-Flügels.

Alexander Leschik und Nicolai Boudaghi wünschen sich am Ende ihres Inside-Berichts, dass Leute wie sie wieder in die sogenannte Mehrheitsgesellschaft zurückfinden. Dies wäre tatsächlich eine Debatte, die bald auf das Land zukommen könnte: Dürfen Ex-AfDler wieder mitmachen bei demokratischen Parteien? Die jungen Buchautoren gehen davon aus, dass nach der Bundestagswahl viele Moderate der Partei den Rücken kehren, weitaus mehr als 2017.

© Raufeld Medien

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

Die NSU-Opfer im Fokus

„Verein für Toleranz und Zivilcourage" hat Ausstellung zur Aufarbeitung der Verbrechen in die Stadt geholt

NEUMÜNSTER Wenn man an den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) denkt, kommt einem sofort das Bild von Beate Zschäpe in den Sinn, wie sie mit ihrem von dunklem Haar umrahmten Gesicht reglos auf der Anklagebank sitzt und kalt dreinblickt. Aber was ist mit den zehn Ermordeten, was ist mit den Hinterbliebenen und den knapp Überlebenden, an denen sich die Verbrecher schuldig gemacht haben?

Um nicht nur immer die Täter in den Vordergrund zu stellen, sondern den Opfern ein Gesicht zu geben, hat der Neumünsteraner „Verein für Toleranz und Zivilcourage" die Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen" nach Neumünster geholt.

„Der ehemalige Club 88 in Neumünster stand auf der Kontaktliste eines NSU-Mitglieds."

Dr. Björn Elberling
Vertreter der Nebenklage

„Der NSU-Prozess geht dem Ende zu, die Namen der Opfer fallen selten, ihre Biografien finden kaum Beachtung", erklärte Ole Fendt. Er ist Lehrer an der Gemeinschaftsschule Faldera an der Franz-Wieman-Straße, wo die Wanderausstellung vom 8. bis 21. Februar zu sehen sein wird. Schulklassen aller Schulen können sie nach Anmeldung besuchen.

Sie wollen das Augenmerk auf die Opfer der NSU-Mörder lenken: Nebenklägeranwalt Dr. Björn Elberling (von links), Jonny Griese vom Verein für Toleranz und Zivilcourage und Ole Fendt, Lehrer an der Gemeinschaftsschule Faldera, waren bei der Ausstellungseröffnung dabei. BURY

Insgesamt gibt es 22 Plakate, auf denen viele der Ermordeten abgebildet sind. Dort wird ein Teil ihrer Lebensgeschichte erzählt, und die Familien berichten, was die Ermordeten noch alles vorhatten. Außerdem schildern die Plakate eine Chronologie der Verbrechen, zu denen auch Banküberfälle und die Bombenanschläge in Köln gehören. In einem eigenen Teil geht es um die Neonaziszene der 1990er-Jahre und die Verbindungen zum NSU. „Der ehemalige Club 88 in Neumünster stand auf der Kontaktliste eines NSU-Mitglieds", sagte Dr. Björn Elberling. Er ist Rechtsanwalt und vertritt beim Prozess in München einen Nebenkläger.

Am Sonntagabend berichtete er vor Interessierten im Gewerkschaftshaus über die verschleierten Pannen und die nebulöse Rolle des Verfassungsschutzes im NSU-Prozess. Es sei eine „zynische Logik", mit der der Staat seine Informanten schützen wolle, schilderte der Kieler Jurist. „Einer der ergreifendsten Momente im Gericht war, als die Witwe von Mehmet Kubasik sagte, mit ihrem Mann sei auch ihr Herz begraben worden. Sie bekannte sich eindeutig zu Deutschland als ihrer Heimat und sagte: ‚Ich gehöre zu diesem Land und werde bleiben'", berichtete Elberling.

Die Ausstellung geht auch auf die spannende Frage ein, warum die Mordserie in den Jahren 2000 bis 2007 nicht aufgedeckt wurde, und beleuchtet den gesellschaftspolitische Umgang mit dem Komplex. *Alexandra Bury*

> Am heutigen Dienstagabend kann die Ausstellung noch im Gewerkschaftshaus an der Carlstraße 7 zwischen 17 und 19 Uhr besucht werden.

sh:z, 06.02.2018

© Raufeld Medien

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

Streit über Polizei-Studie

Grünen-Chef: Untersuchung zu Rassismus kein Generalverdacht

BERLIN Das Bundesinnenministerium plant laut „Bild am Sonntag“ eine breit angelegte Studie zu Rassismus in der Gesellschaft. Eine Studie zu Rassismus in der Polizei lehnt Innenminister Horst Seehofer (CSU) dagegen weiterhin ab. Daran habe auch die jüngste Aufdeckung rechtsextremistischer Chats von Polizisten in Nordrhein-Westfalen nichts geändert.

Eine Untersuchung, die sich „ausschließlich mit dem Vorwurf eines strukturellen Rassismus innerhalb der Polizei beschäftigt, wird es mit mir nicht geben“, sagte Seehofer der Zeitung. Das werde dem Problem nicht gerecht. „Hier bedarf es eines wesentlich breiteren Ansatzes für die gesamte Gesellschaft, und an diesem arbeiten wir.“

Dagegen fordert Grünen-Chef Robert Habeck eine „spezifische Aufklärung, die die Lage der Polizei und die interne Kommunikation analysiert“. Nachdem rechtsextreme Chatgruppen in mehreren Bundesländern entdeckt worden seien, können nicht mehr so getan werden, als gäbe es kein Problem, sagte Habeck der Funke Mediengruppe. Seehofer habe „noch nicht verstanden, dass eine Studie zum Rechtsradikalismus in der Polizei kein Angriff oder Generalverdacht ist, sondern die Polizistinnen und Polizisten genau davor schützt“. Aufklärung bringe Licht ins Dunkel und sei „das Gegenteil von Anschwärzen“.

Robert Habeck
Foto: dpa/Michael Kappeler

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sieht eine solche Studie jedoch ebenfalls skeptisch. Dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ sagte Reul, zwar sei er nicht gegen die Einbeziehung von wissenschaftlichem Sachverstand. „Aber ich will auch nicht das Spiel derjenigen Wissenschaftler spielen, deren Geschäftsmodell offenbar darin besteht, mit vorgefertigten polizeikritischen Thesen ins TV oder in die Zeitung zu kommen.“

Die Idee einer Studie, die auch rassistische Diskriminierung im Jobcenter oder bei der Wohnungssuche in den Blick nimmt, war bereits im neuen Kabinettsausschuss zu Rassismus und Rechtsextremismus diskutiert worden. Seehofer hatte zudem vor Monaten den Verfassungsschutz beauftragt, bis Ende September ein Lagebild zu Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden zu erstellen. *epd, dpa*

NOZ, 21.09.2020

© Raufeld Medien

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

Internet im Fokus – Hamburg rüstet auf gegen Rechts

HAMBURG „Der Rechtsextremismus ist aktuell die größte Bedrohung für Freiheit und Demokratie", sagte Innensenator Andy Grote (SPD) gestern bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2018 für Hamburg. Zwar sei die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten mit 422 Fällen im vergangenen Jahr nahezu konstant geblieben und die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten von 15 im Jahr 2017 auf 11 im vergangenen Jahr gesunken. Mit dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke habe der Rechtsextremismus jedoch eine „neue Qualität" erreicht, die es mit aller Energie und Härte zu bekämpfen gelte.

Und weil bei der Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts und Vorbereitung von Gewalttaten das Internet eine immer größere Rolle spielt, wird beim Verfassungsschutz in Hamburg eine neue Spezialeinheit eingerichtet. Dafür werde das Landesamt zunächst fünf neue Mitarbeiter einstellen. „Wir wollen tiefer einsteigen in die braunen Tiefen des Internets und mehr wissen über Hamburger Akteure im Netz", so der Senator.

Besondere Sorge bereitet Innensenator Grote und Verfassungsschutz-Chef Torsten Voß die „Entgrenzungsstrategie". Voß: „Rechts- wie linksextremistische und islamistische Gruppierungen wollen ihre verfassungsfeindliche Ideologie in Richtung Mitte der Gesellschaft transportieren, politisch-gesellschaftlichen Einfluss und letztendlich auch neue Anhänger gewinnen." Beispiel beim Islamismus sei der jüngste Versuch der gewaltorientierten Hizbut Tahrir mit ihrer „Kopftuchkampagne" unter der Tarnbezeichnung „Realität Islam".

„Wir wollen tiefer einsteigen in die braunen Tiefen des Internets."

Andy Grote
Innensenator (SPD)

Für den Rechtsextremismus sei die „Merkel-muss-weg"-Kampagne (jetzt unter dem Motto „Michel wach endlich auf") zu nennen. Und auch linksextremistische Gruppierungen versuchen laut Voß gesellschaftliche Strömungen und Themen zu unterwandern. So hätte die gewaltorientierte „Interventionistische Linke" (IL) versucht, „Fridays for Future" und die Seenotrettung von Flüchtlingen zu instrumentalisieren.

Die linksextremistische Szene ist demnach von 1220 auf 1335 Menschen angewachsen, die Zahl der gewaltbereiten Personen von 770 auf 935 – die Zahl der Straftaten ging drastisch von 2157 auf 396 zurück. Eindeutig Linksextremisten zugeordnet wurden im vergangenen Jahr 96 Delikte, nach 1625 im Jahr des G20-Gipfels.

Zur islamistischen Szene rechnet der Verfassungschutz 845 Menschen, nach 860 im Vorjahr. Die Zahl der gewaltbereiten Islamisten sei allerdings von 410 auf 480 gestiegen, sagte Voß. *bgl/lno*

sh:z, 09.07.2019

© Raufeld Medien

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

Höheres Gewaltpotenzial im Osten

20 Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen ist Rechtsextremismus noch immer ein Problem – Experten sehen vor allem MV gefährdet

SCHWERIN/SOLINGEN Noch immer hängt der rassistische Mordanschlag von Solingen wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Deutschen. Dem Brandanschlag von Solingen vom 29. Mai 1993 fielen fünf Menschen zum Opfer, er gilt bis heute als folgenschwerstes fremdenfeindliches Verbrechen in der Bundesrepublik. Die ausländerfeindliche Gewalt erreichte kurz nach der Wiedervereinigung und vor dem Hintergrund hitziger Asyldebatten Anfang der 90er einen traurigen Höhepunkt. 20 Jahre danach sind Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit präsenter denn je – wie die NSU-Mordserie zeigt.

Die Särge von fünf Türkinnen stehen 1993 vor dem ausgebrannten Haus in Solingen. FOTO: ARCHIV

Die Gefahr von rechtsextremer Gewalt ist nach wie vor hoch, warnt Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer. „Vor allem im ländlichen Raum ist die Gefahr von rechtsextremen Übergriffen groß“, so Heitmeyer. Denn in kleinen Orten sei der Uniformitätsdruck viel größer und die Situation innerhalb der Gemeinschaft werde dramatischer. Dabei sei der Osten von diesen Entwicklungen mehr betroffen als der Westen. Aus diesem Grund gelte Mecklenburg-Vorpommern als eines der am meisten gefährdeten Bundesländer, was rechtsextreme Gewalt angeht.

Eine dunkle Stunde für MV war im August 1992. Damals wurde eine Aufnahmestelle für Asylbewerber und ein Wohnheim für Vietnamesen in Rostock-Lichtenhagen von mehreren hundert teils rechtsextremen Randalierern angegriffen. Sie steckten das Wohnheim in Brand – angefeuert von tausenden Schaulustigen, die den Einsatz von Polizei und Feuerwehr behinderten. Die Bewohner konnten sich in letzter Sekunde retten. Ein weiterer fand im August 1999 in Eggesin statt. Fünf Rechtsextremisten prügelten in der Kleinstadt zwei Vietnamesen fast zu Tode. Die Anschläge in Rostock gelten bis heute als die massivsten rassistisch motivierten Ausschreitungen der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Die Entwicklung der polizeilich gemeldeten Delikte in MV zeigt mittlerweile etwas anderes. Im vergangenen Jahr wurden 721 Fälle von politisch motivierter Kriminalität mit rechtsextremem Hintergrund gemeldet – im Jahr 2011 waren es noch 843. Die Masse der Straftaten machen dabei mit 520 Meldungen die Propagandadelikte aus. Lediglich 38 davon waren Gewalt- und 163 andere Delikte. In Niedersachsen hingegen sind der Polizei im Jahr 2012 etwa 1359 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund bekannt – fast doppelt so viele wie in MV.

Dennoch sehen Forscher MV als deutlich gefährdet an. Warum? „Ich halte nicht viel von Zahlen. Oftmals erleben wir in unseren Studien einen Bereich, in dem die polizeilichen Meldungen gering sind, der Rechtsextremismus aber stark ausgeprägt ist“, informiert Dierk Borstel, Professor für praxisorientierte Politikwissenschaften an der Fachhochschule Dortmund. Diese Ergebnisse träfen auch auf MV zu. „Vor allem in den ostvorpommerschen Regionen sind Schwächen in der demokratischen Gegenbewegung zu finden“, erklärt der Politikprofessor. Dies liege vor allem an der Entwicklung, die diese Region – und der Osten im Allgemeinen – durchgemacht habe. „In den letzten 20 Jahren sind die sozioökonomischen Probleme im Osten immer mehr gewachsen. Auch der demografische Wandel zeigt sich dort noch mal ganz anders als beispielsweise in den alten Bundesländern“, erläutert Borstel. Dies treibe die Leute in eine gewisse Perspektivlosigkeit und steigere das Gewaltpotenzial. „Dennoch sind die Menschen in den neuen Bundesländern nicht rechtsextremer als andere. Dort gibt es einfach eine andere Form des Rechtsextremismus. Sie sind nicht so organisiert wie im Westen, sondern eher gewaltbereit.“

Besonders gefährdet, dem Rechtsextremismus zu verfallen, sieht Borstel die Jugendlichen in MV: „Da die jungen Menschen sowieso gewaltbereiter sind als Erwachsene, und die rechte Szene in MV genau diesen Weg geht, kann es eher passieren, dass sich ein Jugendlicher dieser Szene zuwendet.“ Klare Unterschiede sieht er bei den Mädchen. Diese beginnen eher ein Studium, um eben aus der Perspektivlosigkeit herauszukommen, wohingegen die Jungen „mit dem Strom“ gehen. Das sei auch an den Immatrikulationen an den Universitäten zu beobachten. Denn „die Situation und Motivation der Jugendlichen ist das Spiegelbild für die gesellschaftlichen Zustände“.

Eine mögliche Lösung ist für den Politikprofessor in vier Schritten möglich. Der Erste ist dabei die Prävention, die vor allem durch Bildung erreicht wird. Dann folgt die Repression, die auf klare, staatlich durchgesetzte Begrenzungen und Grenzeinhaltungen setzt. So könne ein demokratischer Raum geschaffen werden. Der dritte Schritt sei laut Borstel die Integration, die sich hierbei mit dem Zusammenhalt der Gemeinschaft beschäftigt. Dies zeige sich in Zivilcourage oder bürgerlichen Initiativen. Der letzte Schritt sei die Intervention, diese richtet sich direkt an die Rechtsextremen, um deren Arbeit zu stören. „Stören meine ich dabei nicht gewalttätig, sondern kritisch, demokratisch und politisch. Wenn wir ihnen mit Gewalt begegnen, wird es nur schlimmer“, fügt der Politikprofessor an. *Marie Boywitt*

mhn, 29.05.2013

© Raufeld Medien